

Es bestand Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 6, 6.1 und 6.2 gemeinsam zu behandeln.

Abg. Hartmann erinnerte an die Beschlussfassung im Kreistag vor ca. 5 Jahren zur Gründung der BRS, um hierdurch regionale Strukturpolitik betreiben zu können. Ziel sei gewesen, sich am Wettbewerb zum Erwerb und Betrieb von Stromnetzen zu beteiligen, um hierdurch an Durchleitungsgebühren zu partizipieren, ein einheitliches Energieversorgungsgebiet im Kreis zu schaffen, die Troikomm und damit die Stadtwerke Troisdorf einzubeziehen, und mit der Stadt Bonn unter gleichzeitigem Ausschluss der RheinEnergie zu kooperieren. Diese Ziele seien nicht erreicht worden und man werde sie mit der im gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNEN formulierten Konstruktion auch nicht erreichen. Heute entscheide man, das Projekt BRS als gescheitert zu betrachten. Er stelle fest, dass die BRS in der Zeit ihres Bestehens nie über den Charakter einer reinen Kapitalgesellschaft hinausgekommen sei. Glücklicherweise hätten hierbei die Gewinne die Kosten, die die Gesellschaft verursacht habe, aufgefangen. Alleine dem strategischen Wert der EnW sei es zu verdanken, dass man hier mit einem Plus herausgehe. Im Zuge der Abwicklung der BRS müsse man anerkennen, dass die Wahnachtsperre und ihre Betriebsführung in Bonn verbleibe. Das Ziel einer strategischen Partnerschaft mit der Stadt Bonn mit einem einheitlichen Versorgungsraum für ca. 1 Mio. Kunden werde aufgegeben. Dieses Ziel werde auch durch den gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNEN nicht erreicht. Insbesondere werde der 15-%-ige Anteilserwerb an der Rhenag keinen wesentlichen strategischen Einfluss auf die Geschäftspolitik ermöglichen. Vielmehr entstehe ein „Flickenteppich“, wo künftig zum einen RWE, RheinEnergie, Kreis und Rhenag, zum anderen RheinEnergie und Troikomm, sowie zum Dritten die Stadt Bonn und der Kreis Neuwied „unterschiedliche Spiele spielen“ würden. Auch benötige man keine Anteile an einem Energieversorgungsunternehmen, um erneuerbare Energien zu fördern. Seine Fraktion halte die zuvor genannten Ziele aber im Sinne einer Kostenersparnis für Bürgerinnen und Bürger nach wie vor für richtig. Er rate der Mehrheitsfraktion dringend, zu überdenken, ob die jetzt formulierten Ziele sinnvoll seien, zumal mit Millionen aus dem Kreishaushalt, überwiegend darlehensfinanziert, eine einzelne Gesellschaft im Kreisgebiet gefördert, neue Hürden mit Troisdorf aufgebaut, die strategische Partnerschaft mit Bonn vernachlässigt und der Kreis Neuwied nicht mehr einbezogen werde. Seine Fraktion stimme der Abwicklung der BRS zu, wobei man das Scheitern dieses Projekts bedauere. Auch stimme man zu, einen Teil der Erlöse zu Energieeinsparungen und CO²-Minderungen einzusetzen. Den Einstieg in die Rhenag lehne man dagegen entschieden ab, da hierdurch eine neue Konkurrenzsituation im Kreis geschaffen und man zum Spielball von Großversorgern und nicht handelnder Akteure werde.

Abg. Bausch merkte an, sowohl bei der BRS als auch bei der Rhenag handele es sich um eine Kapitalbeteiligung. Man habe nunmehr die „Reißleine“ gezogen, weil die Bonner Stadtwerke sich zu einem Geschäftsbereich „Bereitstellung von Dienstleistungen“ hinentwickelt hätten, was man sich auf Dauer so nicht vorgestellt habe. Seine Fraktion wolle durchaus ein einheitliches Versorgungsgebiet erreichen, was auch Bestandteil des Antrages sei. Man sei der Auffassung, dass dies mit dem strategischen Partner Rhenag am besten zu realisieren sei. Es sei auch bekannt, dass es bei der Beteiligung an der EnW nicht um einheitliches Versorgungsgebiet, sondern um die von den Stadtwerken Bonn bereits versorgten Bereiche, gegangen sei. Die Rhenag versorge bereits große Teile des rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreises. Daneben habe man über die Beteiligung an der Gasversorgung Euskirchen erstmals die Chance, auch im linksrheinischen Kreisgebiet Fuß zu fassen. Auch sei es gemeinsamer Wille der Stadt Troisdorf und des Kreises, was den Ausstieg aus der BRS und die Ausrichtung der beiden Gebietskörperschaften anbetreffe, wo jeder künftig über seine Partner selbst bestimmen könne. Neue Hürden sehe er hier nicht. Er plädiere daher dafür, diesem gemeinsamen Antrag beizutreten.

Abg. Finke teilte mit, seine Fraktion werde der BRS-Abwicklung zustimmen, auch wenn man bedaure, dass das Projekt gescheitert sei. In der Bewertung stimme er im Übrigen den Ausführungen des Abg. Hartmann zu. Er bezweifle, dass der Kreis auf dem Energiesektor mitgestalten müsse, zumal die Mittel zum Anteilserwerb aus Darlehen finanziert werden müssten. Der Kunde entscheide über die Form seiner Versorgung ohnehin weitgehend selbst. Dem Erwerb der Rhenag-Anteile werde seine Fraktion daher nicht zustimmen. Er bat im Übrigen, hierüber getrennt beschließen zu lassen.

Abg. H. Becker bewertete die Zusammenarbeit mit der Troisdorfer Seite als für den Kreis nicht gerade einfach. Diskussionen über ein solches Projekt habe es bereits seit dem Jahr 2000 gegeben. Strategisches Ziel der Gründung der BRS sei es gewesen, für die kreisangehörigen Kommunen eine Leistung bereitzustellen, wenn deren Konzessionsverträge auslaufen. Die jetzige Option, die neben dem Kreis auch die Stadt Troisdorf wolle, sei aber nur im Zusammenhang mit der „Frage Neuwied“ möglich geworden. Nun sei über die Mittelverwendung zu entscheiden. Die beantragte Energiesanierung wolle man nicht nur aus umwelt-, sondern auch aus verbrauchstechnischen Gründen. Ziel sei eine 40 %-ige CO²-Minderung, was einer 30 %-igen Energieeinsparung gleichkomme, die sich bereits nach relativ kurzer Zeit lohne. Auch sei es strategisch sinnvoll, sich an der Rhenag als einem Energieunternehmen mit Sitz und Steuerleistung im Rhein-Sieg-Kreis zu beteiligen. Die Erlöse könnten nicht ohne Verluste in den Kreishaushalt übertragen werden, da sodann wesentliche Teile hiervon automatisch der Steuer zufließen. Insoweit sei der gemeinsame Antrag ausgewogen.

Abg. Dr. Fleck beantragte, die Erlöse aus der Veräußerung der SWBB- bzw. EnW-Anteile zur Schuldentilgung zu verwenden.

Er führte aus, es sei ein Trugschluss, Energieeinsparungen mit Kostenersparnis gleichzusetzen. Das Gegenteil sei der Fall: In solchen Fällen würde das Energieversorgungsunternehmen die Preise sofort anheben, um seine Fixkosten zu decken. Auch die Ansicht, eine Verringerung der CO²-Immissionen bzw. Energieeinsparungen würden den Klimawandel stoppen oder verlangsamen, sei ein Trugschluss und den Interessen einer bestimmten Industrielobby geschuldet.

Abg. Hartmann prognostizierte, dass die Stimmrechtsbindung an den großen Partner dem Rhein-Sieg-Kreis nichts bringen werde. Ebenso würden alle vorher bereits genannten Ziele in der neuen Konstellation nicht erreicht, weshalb seine Fraktion diesem Ansinnen nicht zustimme.

Abg. Griesert bat den Landrat, die Geräuschkulisse bei Redebeiträgen des Abg. Dr. Fleck anzumahlen, damit sichergestellt werde, dass dessen Redebeiträge auch wahrgenommen werden könnten.

Der Landrat wies darauf hin, dass die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung fortgesetzt würden und hier auch die Beschlussfassungen erfolgten.